



nur im Rahmen eines gesamtwirtschaftlichen Ansatzes forciert werden, bei dem die Nachfrageseite des Wirtschaftskreislaufs ebenso berücksichtigt wird. Oberstes Ziel ist dabei die Steigerung der Investitionen in die Realwirtschaft, nicht aber des Finanzierungsangebots. Dies erfordert unter anderem solide öffentliche Haushalte, etwa mittels EU-weiter Kooperation im Bereich der Besteuerung von Spitzenvermögen, Unternehmensgewinnen und Finanztransaktionen. Ziel muss die Schaffung eines nachhaltigen und beschäftigungsorientierten Steuersystems sein. An Stelle hochdifferenzierter Eigenkapitalregelungen sollten den Banken Verschuldungs- bzw. Fremdkapitalobergrenzen auferlegt werden. Ein Blick in die Geschichte der ersten Phase der Globalisierung vor 1914 zeigt, dass große, auch grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte durch Banken mit vergleichs-

weise hohen Eigenkapitalquoten von 25-30% finanziert werden konnten. Denn die Eigenkapitalunterlegung kommt die Banken nicht absolut, sondern nur im Verhältnis scheinbar leicht zu erwirtschaftender Gewinne im Investmentbanking ‚teuer‘. Überlegungen, Banken einfache, d.h. ungewichtete leverage ratios aufzuerlegen, erscheinen daher sinnvoll.⁷

Auf diese Weise könnte für die EU-Staaten die Basis geschaffen werden, um langfristige Investitionen im Bildungs-, Sozial- und Infrastrukturbereich zu finanzieren. Durch (staatenübergreifende) öffentliche Investitionen in diesen Bereichen käme es zu einer Belebung der Binnenachfrage. Dies wäre aber wiederum die beste Voraussetzung für mehr Investitionen. Umgekehrt werden auch Banken bei guter Wirtschaftsentwicklung viel eher bereit sein, Kredite zu leistbaren Kosten und in

ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Rein angebotsseitige Maßnahmen am Finanzsektor werden im Rahmen einer allgemeinen Kürzungs- und einseitig ausgerichteten Wettbewerbspolitik hingegen nicht den gewünschten Erfolg zeigen. Solange Investitionen von der Realwirtschaft abgezogen und in den Finanzsektor investiert werden, weil dort durch massive Staatsbeihilfen zu Gunsten von „systemrelevanten“ Finanzinstituten oder „Zombiebanken“⁸ weiterhin höhere Renditen möglich sind, solange ist eine EU-weite Erholung von der Krise der Realwirtschaft nicht realistisch.

Judith Vorbach ■ AK OÖ,
vorbach.j@akooe.at

Susanne Wixforth ■ AK Wien,
susanne.wixforth@akwien.at

Veranstaltungsreihe Teil I

Die Zukunft Europas:

Kurswechsel für ein gutes Leben?

Nach fünf Jahren „muddling through“ ist das Scheitern der europäischen Krisenlösungsstrategie offensichtlich: Staatsschulden und Arbeitslosigkeit sind höher als je zuvor. Gleichzeitig verbleiben drängende Umweltprobleme nach wie vor ungelöst. Weniger klar ist jedoch der Weg zu geeigneten Alternativen. Die Veranstaltungsreihe zur Zukunft Europas versucht, unterschiedliche Alternativstrategien nicht nur kritisch zu würdigen, sondern auch Gemeinsamkeiten zu identifizieren, die zu einer zukunftsfähigen europäischen Politik beitragen.

Teil I der Veranstaltungsreihe stellt unter dem Titel **Gutes Leben für alle – ein Entwicklungsmodell für Europa?** das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 3/2013 vor:

Im vorliegenden Schwerpunktheft des Journals für Entwicklungspolitik wird diskutiert, inwiefern sich alternative Entwicklungsansätze aus Lateinamerika für das Europa von heute nutzbar machen lassen. Ausgehend von aus der Entwicklungspolitik bekannten

Problemen in der Peripherie wird der Frage nachgegangen, ob und inwiefern Europa als „Entwicklungsland“ mit „Entwicklungsproblemen“ gesehen werden kann. Auch wenn diese Frage angesichts des Elends und Leids von vielen Millionen Menschen in anderen Erdteilen überzogen sein mag, mehren sich die Anzeichen, dass die Grenzbeziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie der Weltwirtschaft ins Wanken geraten sind.

Mittwoch, 4. November 2013,
18 bis 20 Uhr

AK Bildungszentrum, Großer Saal
Theresianumgasse 16-18
1040 Wien

Wir bitten um Anmeldung:
daniela.paraskevaidis@akwien.at

Im Gespräch mit Karin Fischer
(Obfrau Mattersburger Kreis, Autorin):

Andreas Novy (Herausgeber, Wirtschaftsuniversität Wien, Grüne Bildungswerkstatt),

Alexandra Strickner (Obfrau Attac Österreich) und

Markus Marterbauer (AK Wien)